Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schorn.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößstr. 16 a part.
Telephonruf: Nr. 3892.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonne:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **383800** Exemplaren
erschließt diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Zum Jahreschluss hat die Börsenspekulation eine ziemlich allgemeine Kurssteigerung für Industriewerte durchsetzen können. Doch diese Aufwärtsbewegung war ausschließlich das Werk der Spekulation, denn das Publikum hat die Verluste der beiden letzten Jahre noch nicht verschmerzt und hält sich noch immer von der Börsenbeteiligung fern. Auch den Banken war die Steigerung der Kurse am Ende des Jahres erwünscht, um ihren Besitz an Aktien zu einem möglichst hohen Wertstand in den Abschlüssen erscheinen zu lassen. Zur Unterstützung dieser Bewegung dienten denn wohl auch mancherlei Nachrichten über die Lage der Industrie, die den Eindruck erweckten sollten, daß die Besserung gerade in der Montanindustrie rasche Fortschritte mache. Solchen stimulierenden Meldungen gegenüber muß jedoch betont werden, daß kaum noch etwas zu bemerken ist, was auf eine solche entschiedene Wendung hindeutet. Viel bemerkt wurde ein angeblicher Bericht des Stahlwerkverbandes, der mitteilte, daß der Verband infolge Einganges größerer Bestellungen seinen Mitglieder erhöhte Überweisungen machen konnte, wodurch der Voranschlag auf eine Beschäftigung von 80 Prozent der Leistungsfähigkeit der Verbandswerke um 20 Prozent gestiegen ist, so daß die Betriebe mit etwa 80 Prozent der Leistungsfähigkeit arbeiteten. Eine Nachfrage erbrachte jedoch die Feststellung, daß der Stahlwerkverband bisher weder einen Voranschlag auf 80 Prozent gemacht, noch größere Bestellungen herausgegeben habe. Eine Förderung der Geschäftsbildung in der Eisenindustrie wird in den beteiligten Kreisen auch von der Neubildung einzelner Verbände erhofft. Es scheint aber, daß diese Erwartungen gleichfalls übertrieben werden, denn die Bildung oder Erneuerung eines Verbandes kann auf einzelnen Gebieten wohl zu einer Preisbefestigung führen, die aber noch lange nicht einen besseren Geschäftsgang nach sich zu ziehen braucht. Das lothringisch-luxemburgische Roheisensyndikat hat den Erfolg zu verzeichnen, daß die Firma Röschling & Co. nach langem Zaudern ihre Bereitwilligkeit zum Anschluß erklärt hat. Von den Bestrebungen zur Bildung einer Preisconvention für gegogene Drähte wurde berichtet, daß in einer Sitzung am 22. Dezember eine Übereinstimmung über wichtige grundsätzliche Punkte erzielt wurde. Die gesamte deutsche Drahtindustrie soll bis auf einen kleinen Teil zum Beitritt bereit sein. Eine Preissteigerung für Eisendrähte und Drahtstifte ist bereits beschlossen worden; am 11. Januar soll angeblich die endgültige Konstituierung von statten gehen. Das Drahtgeschäft zeigte in den letzten Wochen bereits eine leichte Besserung, während man der Behauptung von einer gleichen Entwicklung des Stabeisenmarktes sehr skeptisch gegenübersteht. Einige chemische Blätter meldeten, daß auf diesem Gebiete des rheinisch-westfälischen Eisenmarktes eine gewisse Neigung eingetreten ist, auf weiter hinaus sich zu versorgen, wohl in der Überzeugung, daß niedrigere Preise nicht so leicht zu erwarten sind. Man erklärte diese angeblich bessere Situation auch mit den wieder aufgenommenen Verhandlungen zur Gründung eines Stabeisenverbandes. Vorläufig dürfte jedoch an ein Zustandekommen eines Stabeisensyndikats kaum zu denken sein, wahrscheinlich ist aber, daß auf dem Stabeisen- und Blechmarkt nach der langen Zurückhaltung der Verbraucher der Konsum sich etwas mehr geregt hat, doch Preisbesserungen sind wohl kaum erzielt worden. Erneuert wurde der deutsche Kupferdrahtverband bis zum Jahre 1909, auch der Stahlformgußverband hat seine Verlängerung beschlossen. In der Sitzung des letztgenannten Verbandes wurde berichtet, daß die Werke ausnahmslos unzureichend beschäftigt sind. Unter den günstiger lautenden Meldungen ist der Beschluß des Siegerländer Eisensteinsyndikates hervorzuheben, nach dem die bisher 50prozentige Einschränkung der Förderung für das erste Quartal 1909 auf 40 Prozent ermäßigt wurde. Begründet wurde der Beschluß mit einer regeren Nachfrage nach Eisensteinen.

Unter weitgehender Berücksichtigung aller vorliegenden günstigen Momente kann bisher günstigstes Falles angenommen werden, daß in den Rohstoffindustrien der Tiefstand der Konjunktur erreicht ist, daß aber die Unternehmungslust noch fast gänzlich ruht und ein rascher Aufschwung nicht in Aussicht steht. Diese Auffassung wird auch von den meisten Handelskammern, deren Berichte über das Wirtschaftsjahr 1908 bisher zur Veröffentlichung gelangten, vertreten. Der Jahresbericht der Essener Handelskammer befaßt sich unter anderem mit der Methode in der Vergabung der öffentlichen Lieferungen durch Reich, Staat und Gemeindeverbände. Die Handelskammer bemerkt sehr zutreffend, daß durch Anpassung der Staatsaufträge an die Konjunktur sich eine vorteilhafte Einwirkung auf die Wirtschaftsverhältnisse erzielen ließe. Wenn bei der Vergabung der großen umfassenden Arbeiten und Lieferungen des Reiches, der Staaten und Gemeindeverbände systematisch und konsequent so verfahren wird, daß man dem Gewerbe die Arbeiten nicht erst dann überweist, wenn es auf den Nägeln brennt, wenn ohnehin alle Hände und alle Fabriken voll beschäftigt sind, sondern wenn man sich bemüht, die fiskalischen Arbeiten nach Möglichkeit dann zu vergeben, wenn unserer Gewerbetätigkeit ein Meßer an Aufträgen erwinkelt ist, wenn sie dadurch nicht zur Überhäufung, zu ungeordneten Erweiterungen ihrer Anlagen gezwungen wird, so dürfte dadurch für unsere wirtschaftliche Entwicklung auch in Richtung der Bekämpfung der Krisen und der Arbeitslosigkeit sehr viel getan sein, ganz abgesehen davon, daß Reich, Staat und Kommune sich bei einem solchen System schon im Hinblick auf die Kostenersparnis sehr viel besser stellen würden. Ganz besonders im Interesse der Arbeiterschaft sind diese Forderungen der Essener

Handelskammer zu begrüßen und zu unterstützen. Doch die Essener Handelskammer sollte gerade durch ihre intimen Beziehungen zu den großen Syndikaten wissen, daß das von ihr mit Recht verurteilte System der Vergabung der umfangreichsten Staatsaufträge in Zeiten der Hochkonjunktur nur durch die Syndikate gepflegt wurde. Wir wollen die Kürzsichtigkeit der Staatsverwaltung gewiß zu allererst verteidigen, aber es muß doch festgestellt werden, daß die großen Syndikate ihren bedeutenden Einfluß benutzten, um in der Hochkonjunktur ohne Rücksicht auf kommende schlechtere Zeiten Reichs- und Staatsverwaltungen zur Erteilung möglichst großer Aufträge zu drängen. Bedauerlich ist nur, daß die Staatsverwaltungen diesem Verlangen nicht den nötigen Widerstand entgegenzusetzen haben. Die Klagen der Essener Handelskammer wurden vor kurzem bereits vom Stahlwerkverband erhoben, damals schon konnte darauf hingewiesen werden, daß der Bericht des Stahlwerkverbandes für das Hochkonjunkturjahr 1908/07 die gesteigerten Bestellungen der preussischen Verwaltung als eine sehr erfreuliche Erscheinung vermerkte. Die Einsicht kommt also reichlich spät, hoffentlich wird sie in besserer Zeit nicht wieder vergeffen.

Bei den Betrachtungen über das verfloffene Wirtschaftsjahr ist in der Handelspresse auch verschiedentlich die Behauptung aufgestellt worden, daß der Konzentrationsprozess in der Großindustrie im Stillstand begriffen sei. Leider wird aber verschwiegen, auf welche Erscheinungen sich diese merkwürdige Meinung stützt. Die Kräfte hat Fusionen eher gefördert als gehindert, unvermindert schreitet bis in die letzten Tagen der Fusionsprozess auf allen Wirtschaftsgebieten vorwärts. Den Anstoß zu diesen Betrachtungen gab der Handelspresse wohl hauptsächlich die Tatsache, daß zwischen den zu einer Interessengemeinschaft verbundenen Aktiengesellschaften Orenstein & Koppel und Artur Koppel, die den sogenannten Feldbahntrakt bilden, Differenzen anlässlich einer größeren Unterschlagung eines Angestellten bei der Gesellschaft Artur Koppel entstanden waren. Man glaubte an eine Auflösung der Interessengemeinschaft und erging sich in Prophezeiungen, daß das System der Zusammenkopplungen großer Gesellschaften sich noch häufiger als ungewöhnlich erweisen werde. Inzwischen aber ergab sich, daß die Interessengemeinschaft zwischen diesen beiden Gesellschaften zwar schwinden wird, aber nur, um einer völligen Vereinigung beider Unternehmungen Platz zu machen.

Auch in der Elektrizitätsindustrie scheint, wenn nicht alle Anzeichen täuschen, wieder eine Betriebsaufsaugung bevorzustehen. Die Gerüchte wollen nicht verkümmern, daß die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft sich seit geraumer Zeit mit der Absicht trage, die Aktiengesellschaft Witz & Genest ihrem Bau einzufügen. Im Sommer vorigen Jahres trat der Geheimrat Kommerzienrat Löwe, der dem Aufsichtsrat der A. E. G. angehört, auch in den Aufsichtsratskörper der Gesellschaft Witz & Genest ein. Bei dieser Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren ein vollständiger Leitungswechsel vollzogen. Am 1. Januar trat der Direktor Rasch aus der Verwaltung aus, ferner verläßt der Leiter des Berliner Installationsgeschäfts, v. Danmih, seine Stellung. Im Vorjahr legte der Gründer der Gesellschaft, Waurat Genest, seinen Direktorsposten nieder, er wurde Mitglied des Aufsichtsrats, vor ihm waren zwei andere Direktoren, Raubach und Müller, ausgeschieden. In einer unlängst abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrats von Witz & Genest berichtete der Vorstand, daß im ersten Semester des Jahres 1908 die Fabrik noch befriedigend beschäftigt war, in den letzten Monaten wären jedoch die Aufträge spärlicher eingegangen. Sei hierdurch das projektuale Verhältnis der Aufträge zur Produktion schon an sich ungünstiger geworden, so komme noch hinzu, daß auch die Wirkungen der Verlegung des Werkes nach Schöneberg und die erhebliche Erweiterung der Fabrikationsstätten sich in einer wesentlichen Erhöhung der Aufträge äußern würden. In den letzten Wochen habe der Auftragsbestand sich jedoch wieder vermehrt. Die Verschlechterung der Verhältnisse dieser Gesellschaft werden verschiedentlich mit der Verlegung der Werkstätten, dem überaus teuren Erwerb der dazu notwendigen Grundstücke, ferner mit überreichten Kapitalüberschüssen begründet. Die für die Witz & Genest-Gesellschaft ungünstige Situation würde der A. E. G. die Übernahme recht wesentlich erleichtern. Es kommt hinzu, daß durch die Angleichung der A. E. G. eine technische Komplettierung erfahren würde, da Witz & Genest ihre Haupttätigkeit auf dem Gebiet der Schwachstromtechnik entfalten, während die A. E. G. die Verarbeitung der Schwachstromgebiete bisher fast völlig der Konkurrenz überließ.

Besonderes Interesse beansprucht die Errichtung einer Niederlassung der Internationalen Harvester Company zu Chicago in Deutschland. Diese Gesellschaft besteht in Amerika seit dem Jahre 1902 und hat sich in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit zu einem Trutz für Landwirtschaftsmaschinen entwickelt. Sie verfügt über ein Grundkapital von 120 Millionen Dollar und ist, was ihre Bedeutung erhöht, mit dem großen amerikanischen Stahltrutz eng verbunden. Die Harvester Company erwacht kürzlich am neuen Hafen in Neus ein Terrain von 40 Morgen, auf dem eine Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen errichtet wird. Mit dem Bau wird so zeltig begonnen werden, daß ein Teil der Fabrik schon im Herbst 1909 in Betrieb genommen werden kann. Im ersten Jahre sollen 600 Arbeiter eingestellt werden, dem weiteren Ausbau entsprechend soll die Arbeiterzahl von Jahr zu Jahr erhöht werden. Zu Beginn des Vorjahres, nach dem Ausbruch der Krise in Nordamerika, war vielfach befürchtet worden, daß die amerikanischen Trutz mit einem Massenangebot auf den europäischen Märkten erscheinen würden. Damals kam auch die Meldung, daß 6 Schiffe von dem Trutz für landwirtschaftliche Maschinen gechartert worden sind, um landwirtschaftliche Maschinen und Geräte nach Europa zu schaffen. Die Trutz zogen in der Krise schließlich die bedeutenden Betriebseinschränkungen einem Massenexport zu billigen Preisen vor, doch sie wollen jetzt scheinbar die alte Welt ihrer Interessensphäre durch Errichtung von Werken in europäischen Ländern einwohnen.

Amerikas Export an landwirtschaftlichen Maschinen ist recht erheblich. Im Jahre 1908/07 betrug der Wert dieser Ausfuhr 28,9 Millionen Dollar, im Jahre 1907/08 24,8 Millionen Dollar, in Deutschland wurden 1908/07 davon eingeführt Maschinen und Geräte im Werte von 2,8 Millionen, im letzten Jahr für 2,1 Millionen Dollar.

Aus der Reihe der Schiffswerften tritt jetzt die Aktiengesellschaft Howaldtswerke in Kiel mit einem Antrag auf Kapitalerhöhung an ihre Generalversammlung heran. Das Aktienkapital betrug bisher 5 Millionen Mark, es soll um 2 1/2 Millionen durch Ausgabe von Vorzugsaktien erhöht werden. Die Gesellschaft hat im letzten Jahre mit Gewinn gearbeitet, der jedoch nicht zur Dividendenzahlung ausreichte war. Die jetzt vorgeschlagene Kapitalerhöhung soll zur Vermehrung der flüssigen Betriebsmittel dienen, die durch größere Arbeiten für die deutsche Marine und in Erwartung regeren Geschäftsganges notwendig geworden sein soll. Der Bau des im Juni bestellten Linienschiffes „Erfaf Siegfried“ wird nach Angabe der Verwaltung eifrig gefördert, daneben ist den Werken neuerdings die Winter-Inspektionsreise eines Linienschiffes übertragen worden. Der direkte Anlaß zu der Vermehrung der Betriebsmittel ist jedoch darin zu erblicken, daß die russische Regierung ihre Schuld von 1 1/2 Millionen Mark den Howaldtswerken noch immer nicht bezahlt hat. Diese Abneigung Rußlands gegen die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen hat für die Gesellschaft schon seit Jahren schwere Folgen gezeitigt.

Mannheim.

Gewerkschaftsbewegung und Demokratie.

Die Nachrichten, die aus Mannheim eingelaufen sind, besagen, daß die Arbeitsaufnahme im Streikwerk in der vereinbarten Weise erfolgt und daß die von der Firma Eingeladenen alle sich im Betrieb eingefunden haben. Die Kollegen haben also doch schließlich den Mahnungen der Verbandleitung Gehör geschenkt, die in einem Flugblatt noch einmal die Gründe ausführlich darlegte, die sie zu ihrer Entscheidung über die Aufhebung des Streiks bestimmt haben. Es wäre freilich besser gewesen, wenn die Kollegen sich bei ihren Abstimmungen von der Verantwortlichkeit gegenüber der Gesamtheit hätten leiten lassen, zu der jeder, der einer Gemeinschaft angehört, verpflichtet ist. Hätten die Kollegen dem rothgemeinten Räte der Verbandsleiter früher Gehör geschenkt, dann wäre es uns auch erspart geblieben, daß die offenen und die verkappten Gegner des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes über den Konflikt sich vergnügt die Hände reiben, weil sie dadurch eine Gelegenheit fanden, sich bei ihren glücklicherweise immer mehr zusammenschmelzenden — Gefolgschaften wieder als die wahren Heilbringer für die Arbeiterschaft anzupreisen. In welcher Weise diese Gegner operieren, damit werden wir uns noch beschäftigen, heute wollen wir lediglich unser gestelltes Thema erledigen.

Von einigen sozialdemokratischen Blättern sind zu dem Konflikt und zu der Entscheidung des Vorstandes Bemerkungen gemacht worden, die zweifellos unterblieben wären, wenn die Streikenden nicht opponiert hätten. Da sich diese aber ablehnend verhalten und ein Teil von ihnen — ihre Zahl ist nicht festgestellt worden — sogar noch in einer Versammlung gegen das „Verhalten der Führer“ protestierte und nur das Resultat der Abstimmung der Streikenden für maßgebend erklärte, regte sich bei diesen Blättern das „demokratische Gewissen“ ganz besonders. Die Führung übernahm dabei die Frankfurter Volksstimme, die in ihrer Nummer 300 vom 23. Dezember vorigen Jahres zu der Entscheidung des Vorstandes bemerkte:

„Der Hauptvorwand will mit dieser Entscheidung den Industriellen den Anlaß zur Aussperrung aus der Hand schlagen; wahrscheinlich wird er diesen Zweck auch erreichen. Es müßte denn gerade sein, daß die Scharfmacher schließlich gar den Ausschluß der Streikenden fordern. Selbstverständlich werden die Anarchosozialisten die Sache weidlich ausnützen. Der Fall zeigt, daß die formalen Bestimmungen über Beginn und Beendigung von Arbeitskämpfen noch sehr der Verbesserung bedürfen; denn natürlich ist es ein sehr böser Zustand, wenn über den Kopf der Mitglieder hinweg der Verbandsvorstand solche Anordnungen treffen kann. Wir werden morgen auf die Sache noch zu sprechen kommen.“

Diese Notiz beweist, daß ihr Verfasser von den Dingen eine sehr naive Auffassung hat, daß er auch nichts davon weiß, wie die jetzigen „formalen Bestimmungen über Beginn und Beendigung von Arbeitskämpfen“ allmählich entstanden sind. Sie sind nicht dem Gehirn irgend eines Gewerkschaftsführers zu dem Zwecke entsprungen, Gewerkschaftsgelüsten zu frönen, sondern die bittere Notwendigkeit hat die demokratischen Organe (Generalversammlungen) der Gewerkschaften, darunter auch die des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, dazu gezwungen, sie zu schaffen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband sah sich vor diese Notwendigkeit schon auf seiner ersten Generalversammlung zu Altenburg im Jahre 1898 gestellt. Dort wurde eine Kommission für ein Streitreglement eingesetzt. Der Referent der Kommission, Kollege Segig, führte bei der Begründung der Vorlage dann aus, daß sich die Kommission von dem Standpunkt habe leiten lassen, der in Streiksachen herrschenden Anarchie zu steuern. Das in Altenburg beschlossene besondere Reglement bildet heute noch die Grundlage unserer statutarischen Bestimmungen über Arbeitseinstellungen, es wurde später nur in einigen Punkten ergänzt. Bis der Metallarbeiter-Verband, so sahen sich auch andere Verbände veranlaßt, der Anarchie im Streikwesen zu steuern. Die Holzarbeiter-Zeitung konstatiert in ihrer Nr. 2, daß der Holzarbeiter-Verband Schritt um Schritt dem Vorstand das Genehmigungsrecht bei Streiks in die Hand legte, ihn zum obersten Streikleiter machte und ihm somit die Befugnis zuerkannte, allein über Führung und Beendigung eines Kampfes zu bestimmen, daß sogar die Aufsichtsbefugnis für die übrige Tätigkeit des Vorstandes, der Ausschuss für Streitangelegenheiten ausgeschaltet wurde.

Hüttenarbeiterschutz.

Die Bundesratsverordnung zum „Schutz“ der Hütten- und Walzwerksarbeiter.

Das soll nun als das Ergebnis des jahrelangen öffentlichen Kampfes um einen besseren Schutz der Arbeiter in der Schwermetallindustrie sein? Wir wollen gleich bemerken, daß die „Bestimmungen“ unserer Befürchtungen über die Abhängigkeit der Regierung von den Hüttenkapitalgebern nicht übertroffen haben. Als im Februar vorigen Jahres der „Entwurf“ einer Verordnung zum Schutze der Arbeiter in der Großmetallindustrie bekannt wurde, da glaubten wir, es sei unmöglich, noch weiter mit dem Schutze der Hüttenherren zu gehen, als es in dem Entwurf der Regierung geschehen war. Und gespannt waren wir, zu erfahren, nach welcher Richtung hin die begutachtende Kommission, die vom Minister nach Berlin gerufen worden war, den Entwurf zu verbessern suchen würde. An dem Entwurf selbst haben wir in Nr. 12 der Metallarbeiter-Zeitung vom vorigen Jahre unsere Kritik geübt. Über die „Arbeit“ der nach eigenem Verfahren „gewählten“ Hüttenarbeiterversammlungen in Berlin ist so gut wie nichts an Licht der Öffentlichkeit gedrungen; augenscheinlich sind die wackeren Mannen dem Wunsche der Regierung, der ihnen ja wohl Befehl war, gehorcht nachgekommen und haben Stillschweigen bewahrt.

Im Interesse der Hüttenarbeiter hätte es natürlich gelegen, wenn die Öffentlichkeit über die Beratungen unterrichtet worden wäre, damit die Arbeiter und Wünsche der Arbeiterdelegierten und die Stellungnahme der Unternehmer und der Regierung dazu hätten öffentlich besprochen werden können. Die Hütten sind jugendbenutzend, bei der begutachtenden Arbeit vertreten gewesen. Von den „Christen“ können wir das selbe als sicher annehmen. Alle haben sich ein Schloß vor den Mund hängen lassen. Und daß die Regierung und ihre Helfershelfer Ursache hatten, bei ihrer Verhandlung des Hüttenarbeiterschutzes die öffentliche Kritik zu fürchten, das stellt sich jetzt bei Bekanntwerden der fertigen Bundesratsbestimmungen heraus. Von Hüttenarbeiterschutz ist dabei ja gar keine Rede, vielmehr schwingt die Verordnung Unternehmerschutz aus allen Poren. Aus reinem Hohn ist einmal von den „Interessen der Arbeiter“ darin die Rede. Dementsprechend kann sich unsere an dem „Entwurf“ geübte Kritik nur noch verschärfen. In Nr. 12 vom vorigen Jahre schrieben wir unter anderem über den Entwurf:

„Die zweistündige Pause soll in kleinen Zeitspannen von unter einer Viertelstunde perzettelt werden können. Nur eine Hauptpause von einer Stunde wird verlangt, die zwischen 10 und 2 Uhr fallen soll. Dann aber soll sogar noch diese einstündige Pause, in Fällen, wo dies die Natur des Betriebes geboten erscheinen läßt, auf eine halbe Stunde herabgesetzt werden können. In der Praxis wird dies überall der Fall sein, da es überall „geboten“ sein wird. Es ist kaum zu glauben, was für ein Wechselbalg da wieder das Tageslicht erblickt hat! Eine ununterbrochene Ruhezeit von acht Stunden will man den Hüttenleuten gnädigst gewähren. Acht Stunden! Der Reichstag forderte im April 1907 durch Annahme des sozialdemokratischen Antrages die achtfundige Arbeitsschicht für die in den Feuerbetrieben der Walz- und Hüttenwerke beschäftigten Arbeiter. Die Regierung verfährt den Reichstag und die Hüttenarbeiter, indem der Minister in seinem Entwurf die achtfundige Ruhezeit festlegte, also die sechzehnstündige Ausbeutungsmöglichkeit sanktionieren will! Wirklich grobhartig.“

Die 24stündige Schicht der Hochofenarbeiter bei Schichtwechsel soll bestehen bleiben. Also indem die Arbeiter die 24stündige Ruhezeit an dem einen Sonntag durch 24stündige Arbeit an jedem zweiten Sonntag wieder wettmachen müssen, also immer sieben Schichten jede Woche verfahren, haben diese Arbeiter überhaupt keinen freien Tag in der Woche; nie einen freien Tag, auch an den höchsten Feiertagen nicht. Auch nicht Urlaub an einem Wochentage! Dieser skandalöse Zustand soll bestehen bleiben!

Die 24stündige Schicht soll fortan allerdings nur alle zwei Wochen einmal vorkommen dürfen, das ist der gewaltige Fortschritt dieses neuen sozialpolitischen Monstrums! Fortschritt! Was sagen wir! Bleibt den Hüttenunternehmern doch die Möglichkeit, „ihre“ Arbeiter bis zu 16 Stunden täglich in ihren sommerleeren Mauern und Toren festhalten zu können. Da kann ja die Einschränkung der Überstunden durch noch größere Forcierung der Überstunden mehr als wettgemacht werden. Es ist wie ein Hegen-Sinnmaleins:

Aus fünf und sechs,
So sagt die Herr,
Nach sieben und acht,
So ist's vollbracht!

Schließlich sollen dann noch in Zukunft die Thyssen, Krupp, Baare o tanti überlunden und überfächten in ein Verzeichnis eintragen und der Ortspolizeibehörde überreichen.

Das ist der ganze „Inhalt“ des „Entwurfes“. Nichts von einer Änderung der ständischen Aborteinrichtungen! Nichts von Beschaffung guten Trinkwassers, Speiseräumen und Erfrischungsmitteln! Nichts von Wascheinrichtungen, Ankleideräumen und Schränken! Nichts von der Durchführung der Sicherheitsvorrichtungen! Nichts von alledem! Der Entwurf gibt den Feuerarbeitern: eine Mittagspause von einer halben Stunde, die „in Notfällen“ noch weggelassen kann; die Möglichkeit der Schichtdauer von 16 Stunden, die „in Notfällen“ noch weiter ausgedehnt werden kann.

Das genügt!“
All das vorstehend Gesagte bleibt bei der jetzt herausgekommenen Bundesratsverordnung in voller Schärfe bestehen. Nur soll die Hauptpause von einer Stunde, die ja aber in Wirklichkeit nirgends in den Feuerbetrieben eingeführt werden wird, nicht schon um 10 Uhr, sondern erst um 11 Uhr beginnen können.

Was das geforderte Verzeichnis anbelangt, worin die geleisteten Überstunden einzutragen sind, so ist bei der jetzt rechtskräftig erlassenen Verordnung gegenüber dem Entwurf schon infolgedessen eine Verschlechterung eingetreten, als „auf Antrag“ der Unternehmer von der Führung dieses Verzeichnisses befreit werden kann, wenn die Lohnlisten nach einem vorgeschriebenen Muster geführt werden und den betreffenden Beamten Einblick in dieselben gestattet wird. Weit schwer wiegend aber ist die Verschlechterung, die der § 4 enthält. § 4 lautet jetzt:

„Vor dem Beginne der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit (§ 134b Abs. 1 Nr. 1 der Gewerbeordnung) muß für jeden Arbeiter eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 8 Stunden liegen. Diese Bestimmung findet auf die Regelung der Beschäftigten keine Anwendung.“

Im Entwurf hieß es:

„Zwischen je 2 Arbeitsschichten ist dem Arbeiter eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 8 Stunden zu gewähren. Die Bestimmung findet auf die Schichtverlängerung beim regelmäßigen Schichtwechsel keine Anwendung. Solche Schichtverlängerung darf jedoch für den einzelnen Arbeiter höchstens alle zwei Wochen einmal vorkommen und höchstens die Dauer einer Doppelschicht erreichen.“

Die Verschlechterung ist sinnesfölig. Während im Entwurf die längere Wechselschicht nur alle 14 Tage einmal vorkommen und höchstens die Länge einer Doppelschicht erreichen durfte, ist in der fertigen Verordnung über die Dauer und die Zahl solcher Wechselschichten nichts vorgeschrieben. Es können also jede Woche die Arbeiter 24, 36, 48 Stunden bei der ominösen „Wechselschicht“ ausgehütet werden. Es ist ein Skandal, daß selbst die völlig ungenügende Bestimmung des ursprünglichen Entwurfs noch entschieden verschlechtert worden ist. Nach dem Entwurf blieb immer noch die Un-

gehörlichkeit der 24stündigen Arbeitsschicht bestehen, wozu die Arbeiter und Omineuten alle 14 Tage den barmhertigen liegenden halben Sonntag durch die Doppelschicht in der Hölle der Hüttenatmosphäre wieder „heraufholen“ mußten. Einen freien Sonntag dafür gab's auch nach dem Entwurf nicht. Über lauterhin war doch Zahl und Dauer der Wechselschichten irgendwie beschränkt. Diese ungeheuerliche Ausbeutung, die die Hüttenherren ihren Helfershelfern und „Gnaden“ wohl nicht zumuten, ging den Kapitalisten noch nicht weit genug und die Unternehmer haben es, möglicherweise sogar im Bunde mit den famosen begutachtenden „Arbeitervertretern“, fertig gebracht, das kleine bißchen elenden Schutz noch wieder wegzuwischen. Es ist ein Skandal!

Und dann die Bestimmung, wonach auch Pausen unter einer Viertelstunde auf die Gesamtdauer der Pausen angerechnet werden können. Eine zeitliche Grenze nach unten hat man wohlweislich und raffiniertweise nicht gesetzt. So wird jeder freie Augenblick, jedes Aufstapfen zur „Pause“. Da steht der Schnapper an der Walze. Alle Rüsteln sind gespannt. Die Zange ist geöffnet, um das im nächsten Moment herausblühende Eisen zu erfassen. Es dauert aber 10 Sekunden, es dauert eine Minute. Die Zeit wird auf die Pausen in Anrechnung gebracht. Der Arbeitermann läßt den schweren Karrenbaum zur Erde fallen und stellt sich an den Walzenkänder (der Wort ist ja nicht in der Nähe, es ist auch keine Zeit dazu, den Abort aufzusuchen), um ein notwendiges Bedürfnis zu verrichten. Eine „naturngemäße“ Unterbrechung natürlich; wird angerechnet. So kann alles als Pause gerechnet werden, und sei es auch nur der Bruchteil einer Minute! Das kommt daher, weil man den Kapitalispelz waschen will, ohne ihn naß zu machen. Diese Bestimmungen in § 9 ändern an den tatsächlichen Verhältnissen absolut gar nichts.

Die einstündige Mittagspause wird nur auf dem Papier stehen, da überall „die Natur des Betriebes“ die halbstündige Pause erforderlich wird. Unter solchen Umständen ist die Lebensart von der einstündigen Pause die reine Narretei. Dann aber operiert die Bundesratsverordnung groteskerweise sogar noch mit „Rückfichten auf die Arbeiter“, wegen deren die Pause auf eine halbe Stunde reduziert werden kann. Ja, wie ist und denn? Eben diese Arbeiter verlangen ja doch seit vielen Jahren immer stärker nach einem größeren Schutz, nach besseren Pausen, und jetzt sollen es „Rückfichten auf die Arbeiter“ unmöglich machen, eine einstündige Pause generell einzuführen? Warum sagt die Regierung nicht klar und wahr, daß es die Mühsicht auf das Kapital ist, das keine ordentliche Pause eingeführt werden soll. Dieser den Hüttenleuten gebotene Hohn ist geradezu empörend!

Noch eine entschiedene Verschlechterung bringt die Verordnung gegenüber dem „Entwurf“, indem der § 9 am Schluß bestimmt, daß die Arbeiter auch während der Pause im Betrieb gehalten werden können, um „zur Hilfeleistung“ bereit zu sein. Das läßt tief blicken! Solche Bestimmungen sind über alle Kritik erhaben. Wir sind sprachlos.

Von allen anderen Forderungen der Hüttenleute, die sich auch der Reichstag zu eigen gemacht hat, erwähnt die Verordnung kein Wort. Nichts von Wascheinrichtungen, von Ankleide- und Erdräumen! Nichts vor allem davon, daß die scheußlichen Seuchenherde der Wörte auf den Hüttenwerken den sanitären Anforderungen entsprechen müssen. Nichts! Nichts!

Arbeitertrug! Hüttenherrenschnuck! Das ist das Stigma der fertigen Verordnung mehr noch wie des Entwurfs, darum gilt auch nur der Ruf: Weg mit dem Entwurf!

Die Hüttenleute wird man gewiß nicht mit dem Bißch ködern. Und was soll's denn sonst? Auf's neue ist erwiesen, daß es eitel Plunzerei und bewusster Schwindel ist, wenn immer noch gewissenlose Verte der Arbeiter vorreden wollen, daß sie sich „politisch brav“ verhalten müßten, und daß dann gar bald das Füllhorn sozialpolitischer Güter sich über die Proleten ergießen würde. Schwindel! Fauler Schwindel! Wie haben nicht die „Christlichen“ und Hirsch-Dunderschen, die, wie die römischen Gladiatoren im Sterben noch ihren Cäsar grüßten, trotz Krisenelend und Arbeitslosigkeit für die „gegenwärtige Rechts- und Gesellschaftsordnung“, das ist den ausbeutenden Kapitalismus, die Hand zum Schwur erhoben, wie hat nicht der „patriotische“ sogenannte zweite deutsche Arbeiterkongress und seine Deputation die Regierung angebetelt, „doch etwas zu tun“! Befehlt euch die „Bestimmungen“, ihr bürgerlichen Mannen! Wer will sie dem Hüttenmann schmachthaft machen? Wer wagt es, Rittermann oder Knapp?

Die Hüttenarbeiter müssen mehr als bisher lernend, lehnend und kämpfend sich in die Reihen der organisierten Arbeiter stellen und sich dadurch einen besseren Schutz erzwingen. Kampf, Kampf und wieder Kampf, das muß die Parole der Hüttenarbeiter sein. Vor allem weißt weit von euch jene verdächtigen Gesellen der „Christlichen“ und Hirsch-Dunderschen, die im Bunde mit dem Unternehmertum und der Regierung in traulich begutachtendem Dunkel den Hüttenarbeiterschutz verrieten. Der Deutsche Metallarbeiter-Bund kämpft seit langen Jahren einen offenen, ehrlichen Kampf um besseren Schutz der Hüttenleute. Die sozialdemokratische Partei hat zuerst fackelnd und unablässig die großen und berechtigten Klagen der Walzwerksarbeiter im Reichstag zur Sprache gebracht und das allgemeine Verlangen nach besserem Schutz erzwingen. Die sozialdemokratische, die Arbeiterpresse stützt dem Hüttenkapital sogar auf den Fersen. Die Hüttenarbeiter können gar nichts Besseres tun, als die Kämpfenden zu unterstützen. Unterstützt die sozialdemokratische Presse, tretet den kämpfenden Organisationen der Arbeiter bei!

Die Massen der Hüttenleute müssen für das gleiche Ziel kämpfen wie die Bergarbeiter. Berg- und Hüttenmann sind die wichtigsten Faktoren in Produktionsprozesse. Der Bergmann ist in den letzten 15 bis 10 Jahren seinen Kameraden vom Walzwerk vorausgeeilt an intellektueller Reife. Möge der Hüttenmann den Abstand bald einholen, zum Wohle seiner selbst und der gesamten Arbeiterbewegung. In diesem Sinne möge auch die Bundesratsverordnung wirken!

Arbeitsverdienste in der Metallindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika.

Zu Jahre 1905 wurde in den Vereinigten Staaten von Amerika eine Zukunftsrechnung vorgenommen; sie war auf die Unternehmungen beschränkt, die für den allgemeinen Warenmarkt produzieren und „Fabrikunternehmen“ genannt werden, wozu die Maschinenbauindustrie und das Handwerk, die ausschließlich für die Deckung des Lokalbedarfs oder auf Bestellung der unmittelbaren Konsumenten arbeiten, übergangen wurden. Die Beschreibung wird damit begründet, daß beide Produktionsgruppen eine verschiedene volkswirtschaftliche Bedeutung haben und daß die Einbeziehung der Maschinenbauindustrie und der Fabrikbetriebe nicht nur erhebliche Mehrkosten verursache, sondern auch die richtige Verteilung des Standes und der Entlohnung der eigentlichen Industrie unmöglich mache. Die Zählungseinheit bildet die Unternehmung. Zusammen wurden 216 202 industrielle Unternehmungen ermittelt gegen 207 582 fünf Jahre vorher (Zunahme 4,3 Prozent). Viel stärker war die Zunahme der beschäftigten Personen. Die Zahl der Angestellten liegt seit 1900 von 364 202 auf 519 751 (42,7 Prozent), die der Lohnarbeiter

von 471 000 auf 647 000 (18 Prozent). Unter den Beschäftigten befanden sich im letzten Zählungsjahre 444 000 männliche und 1 000 000 weibliche Personen im Alter von 16 Jahren und darüber, sowie 100 000 Kinder unter 16 Jahren; bei den Arbeitern betrug die Zunahme seit 1900 10,8 Prozent, bei den Arbeiterinnen 10 Prozent, bei den Kindern trat eine Zunahme um 1 Prozent ein. Alle diese Angaben beziehen sich auf den Jahresdurchschnittsstand.

Über den Umfang der Metall-, Maschinenbau- und verwandten Industrien gibt die folgende Tabelle Aufschluß:

	1900	1905	Prozent
Metall- und Maschinenbau-Industrie			
Zahl der Unternehmungen	19 879	20 549	+ 3,4%
„ „ Angestellten	68 190	101 588	+ 49,0%
„ „ Arbeiter	809 949	1 069 004	+ 32,0%
Schiffbau-Industrie			
Zahl der Unternehmungen	1 107	1 097	- 0,9%
„ „ Angestellten	1 405	2 480	+ 76,8%
„ „ Arbeiter	48 747	50 764	+ 4,1%
Erzeugung von Landtransportmitteln			
Zahl der Unternehmungen	6 789	7 295	+ 7,4%
„ „ Angestellten	16 888	24 682	+ 46,2%
„ „ Arbeiter	314 040	384 577	+ 22,5%

In zwei Industrien: Schiffbau und Landtransportmittel, ging die Zahl der Unternehmungen zurück, während die Zahl der Beschäftigten zunahm; in der Metall- und Maschinenbau-Industrie vermehrten sich die Unternehmungen um 3 Prozent, die Beschäftigten aber um 20 Prozent. Das ist ein Beweis der stattfindenden Konzentration der Industrie.

Mit der Industriezählung von 1905 war eine Erhebung über die Arbeitsverdienste verbunden. Für jede Unternehmung sollte angegeben werden, wie viele Arbeiter in der Woche, in der die betreffende Unternehmung die größte Zahl Arbeiter beschäftigt hatte, auf die einzelnen in dem Erhebungsfornular vermerkten Verdienstklassen kamen. Nun ist es so ziemlich gewiß, daß die Woche, in der während des ganzen Jahres die meisten Arbeiter tätig sind, die Woche des besten Geschäftsganges und zugleich der höchsten Arbeitsverdienste ist. In einer weniger regen Zeit ist die Zahl der nicht voll beschäftigten Arbeiter erheblich größer und es fallen die Überstundenentföhdigungen fort, die in den „Verdienst“ einbezogen wurden.

Die Fragebogen wurden nicht durchweg in befriedigender Weise beantwortet. Von allen 216 202 industriellen Unternehmungen waren 19 679 auszuföllen, weil dort keine Lohnarbeiter tätig waren, ferner mußten 72 880 ausgeföllen werden, weil sie mangelhafte Angaben machten. Für die Statistik verwertbares Material lieferten 128 703 Unternehmungen mit 3 297 819 Lohnarbeitern, und zwar 2 819 053 männlichen und 588 589 weiblichen Personen im Alter von 16 Jahren und darüber und 90 167 Kindern unter 16 Jahren. Der durchschnittliche Wochenverdienst betrug bei den mindestens 16 Jahre alten Arbeitern 11,16 Dollar, bei den Arbeiterinnen gleichen Alters 6,17 Dollar, bei den Kindern 3,46 Dollar. Von den Arbeitern entfielen 38,4 Prozent auf die Verdienstklassen unter 9 Dollar, 28,7 Prozent auf die Verdienstklassen 9 bis 11,99 Dollar, 31,9 Prozent auf die Verdienstklassen 12 bis 19,99 Dollar und 6 Prozent auf die höheren Verdienstklassen. Von den Arbeiterinnen verdienten 83,5 Prozent weniger als 5 Dollar, 32,8 Prozent 5 bis 6,99 Dollar, 19,6 Prozent 7 bis 8,99 Dollar und 14,1 Prozent 9 Dollar oder mehr in der Woche. Von den Kindern hatten 55,3 Prozent weniger als 3 Dollar, 31,8 Prozent 3 bis 3,99 Dollar und die übrigen 4 Dollar oder mehr in der Woche verdient. — In den Zahlen für alle Industrien zusammen sind die Gegenseite ausgeföllen; in den einzelnen Gewerben gestaltet sich der Durchschnittsverdienst und die Verteilung der Arbeiter auf die Verdienstklassen recht verschieden. Am günstigsten gestellt sind die Arbeiter in einigen Kunstgewerben, am ungünstigsten gestalten sich die Verdienste in den Gewerben, die vorzüglich in den Südstaaten ausgeföllt werden. Innerhalb der Metall-, Maschinen- und Transportmittelindustrie bestehen ebenfalls erhebliche Verschiedenheiten in der Verdiensthöhe. In den wichtigeren Industriezweigen betrug der durchschnittliche Wochenverdienst der

Industriezweig (Gewerbe)	Arbeiter		
	Arbeiter	Arbeiterinnen	Kinder
	Dollars (2,20 = 1)		
Erzeugung von Automobilen	18,07	6,75	5,60
„ „ Fahrrädern	11,86	8,50	3,62
Wagenbau	10,83	5,85	3,53
Eisenbahnerföllen	12,47	7,31	4,97
Solomotivbau (nicht in eigenen Werföllen der Eisenbahngesellschaften)	12,48	—	3,65
Eisen- und Stahlföllen	11,32	6,—	3,38
Hochöfen	11,71	5,—	5,53
Stahl- und Walzwerke	12,56	5,95	4,58
Erzeugung von Eisenkonstruktionsmaterial	11,53	6,57	5,27
Eisen- und Maschinenbauwerkstätten	11,88	5,88	4,08
Erzeugung von Messingwaren	11,85	6,54	3,81
„ „ Kupferföllen- und Spenglerwaren	12,86	5,78	4,05
Erzeugung von Messerföllenwaren	10,96	6,31	3,86
„ „ Nähmaschinen	12,59	7,43	3,10
„ „ Gas- und Öfen	10,80	5,79	3,71
„ „ anderer Öfen	13,02	8,17	3,79
„ „ von Drahtseilen und Kabeln	10,94	6,26	3,46
„ „ elektrischer Maschinen und Apparate	10,85	6,37	3,67
Erzeugung von Silberwaren	18,13	6,12	3,47

In der Mehrzahl dieser und der hier nicht angeführten Gewerbe der Metall-, Maschinen- und Transportmittelindustrie stehen die Durchschnittsverdienste über den Gesamtdurchschnitt, die sich für alle in die Statistik einbezogenen Arbeiter ergeben. Doch bedeuten Durchschnittsangaben nicht viel, da sie den Individualverdienst nicht zum Ausdruck bringen können. Meist oft weicht sogar der Durchschnittsverdienst von dem in einem Gewerbe vorkommenden häufigsten Verdienst weit ab, da er durch ungewöhnlich hohe oder niedrige Verdienste einer verhältnismäßig kleinen Arbeiterzahl bereits stark beeinflusst werden kann. Es ist deshalb notwendig zu zeigen, wie sich in einigen Zweigen der Metallindustrie die Gesamtzahl der Arbeiter auf Verdienstklassen verteilt.

Die 188 Stahl- und Walzwerke, die für die Statistik verwertbares Material lieferten, beschäftigten 119 069 Arbeiter (117 574 männliche und 1 018 weibliche Personen im Alter von 16 Jahren und darüber, 682 Kinder unter 16 Jahren). Die Zahl der Arbeiterinnen und Kinder ist gering, so daß von einer Darstellung ihrer Verteilung auf Verdienstklassen Abstand genommen werden kann. Von den Arbeitern verdienten 1276 weniger als 3 Dollar in der

* Gesamtschöne Angaben für ganze Industriezweig der durchschnittliche Verdienst nicht.

* Die Verordnung siehe in Nr. 2, Seite 12.

...erzielte nicht, begann ich nun in die ...
 ...erzielte nicht, begann ich nun in die ...
 ...erzielte nicht, begann ich nun in die ...

Genau so wie er in Dresden und in Basel hauste, genau
 ebenso treibt er sein ruchloses Spiel im Industriegebiet Mann-
 heim-Ludwigshafen. Gibt das nicht zu denken? Ist es ein Zufall,
 daß dieser Mensch am Freitagabend wieder unmittelbar nach dem
 Anfall in der hochhagigen Wirtschaft auf der Bildfläche erschien?
 Wir glauben daran nicht. Dieser Mann übt das Gewerbe der
 Arbeiterverehrung zum Gaudium des Bürgertums aus. Die Unter-
 nehmer allein sind es, die einen Vorteil davon haben. Denn so lange
 die Arbeiter sich untereinander so bekämpfen, ergötzt es den Herrschern
 den Wohl.

Arbeiter, soweit es auch noch ernst ist mit euerem Wirken für
 die Arbeiterfrage, bleibt der Stelzer fern! Es gibt keinen
 größeren Feind der Arbeiterfrage als diesen gewissen-
 losen Hezer, der, jeder Verantwortung bar, mit euch ein
 Gaukelspiel treibt. Wer noch Logik zu denken vermag, dem
 muß doch nach dem, was hier in Mannheim sich abgespielt hat, ein
 Licht aufgehen.

An den Adolf Stelzer aber richten wir hiermit die öffent-
 liche Anfrage:

Was sind Sie hier? Was ist Ihr Beruf? Woher haben
 Sie die bedeutenden Mittel zu der kostspieligen Bekämpfung der Ar-
 beiterorganisationen?

So lange Sie diese Fragen nicht klipp und klar beant-
 wortet haben, wollen Sie aufhören, die Arbeiter zu verführen. Sie
 haben in dem letzten Flugblatt zu Gewalttätigkeiten gegen die Be-
 amten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes aufgefordert beziehungs-
 weise anfordern lassen. Sie haben wiederholt in Versammlungen
 in ähnlicher Form leichtgläubigen Arbeitern die Köpfe verdreht, so
 daß nun nur noch das Mittel bleibt, Sie zu entlarven. Nun
 heraus mit der Sprache! Wir erwarten Ihre schriftliche Er-
 klärung zum Zwecke der öffentlichen Bekanntgabe. Können Sie den
 schweren Verdacht, der seit Monaten gegen Sie besteht, von sich
 wälzen; dann soll und darf selbst schon aus Menschlichkeitsrücksichten
 freuen. Können Sie das nicht in einfach bündiger Weise, dann
 wollen Sie gefälligst einpacken.

Was das Beschimpfen und Verleumdungen der Führer des Deutschen
 Metallarbeiter-Verbandes betrifft, haben die Anarchistolfaktiven einen
 würdigen Konkurrenten in dem „Bundessekretär“ des „deutschnatio-
 nalistischen“ Arbeitervereins Mannheim, dem aus Kottbus importierten
 Franz Hilbig gefunden, der seine Ergüsse im Mannheimer General-
 anzeiger ablagert. Dieser Hilbig, der wie sein gesinnungsverwandter
 Zehaus von den Unternehmern ausgehalten wird, scheint deshalb so
 erboht über den Deutschen Metallarbeiter-Verband und seine Führer
 zu sein, weil die Ausperrung vereitelt wurde und ihm dadurch die
 Felle weggeschwommen sind. Er rechnete offenbar darauf, daß er
 bei der Ausperrung im trüben sitzen und seine kleine gelbe Truppe
 etwas vermehren könne.

Eine Gefahr für das Tarifwesen.

Das Tarifwesen, das noch vor zehn Jahren von einem großen
 Teil der organisierten Arbeiter mit Misstrauen angesehen wurde, hat
 hauptsächlich deswegen verhältnismäßig schnell Anlauf gefunden,
 weil man von ihm erwartete, daß es den Arbeiter während der
 Krise vor Lohnherabsetzungen schützen könne. Diese Auf-
 fassung wird sehr erschüttert durch Ereignisse, die in letzter Zeit
 durch die Gewerbestimmung in Düsseldorf und in Hamburg ge-
 fällt worden sind. Dem Grundstein (Nr. 1) entnehmen wir über
 diese Entscheidungen folgendes:

„Es handelt sich ... um die Frage: Können tarifliche Be-
 stimmungen durch Sonderabmachungen zwischen einzelnen
 Arbeitern und Unternehmern aufgehoben werden? ... In
 einer Klage, die von einer Anzahl Betonarbeiter gegen die Aktien-
 gesellschaft für Beton- und Monierbau in Hamburg erhoben war,
 handelte es sich um folgenden Tatbestand: Die Firma hat die
 Ansicht des Betonvereins ... daß sie berechtigt sei, den Tarifvertrag
 nicht mehr anzuwenden. Am 7. November machte sie ihren Leuten
 dies bekannt und erklärte, vom 9. November an werde der Lohn für
 jeden Arbeiter abweichend vom Tarif bestimmt und solle auf die
 Lohnsätze geschätzt werden. Der Arbeiter sagte bei dieser Gelegen-
 heit, wer zu dem reduzierten Lohne nicht arbeiten wolle, könne auf-
 hören. Die Arbeiter, welche mit Recht die einseitige Aufhebung des
 Tarifvertrages als ungültig betrachteten, schlugen den einzig zu-
 lässigen tarifgemäßen Weg ein: Sie gingen zur Schlichtungskommission
 und diese sagte ihnen - ebenso tarifgemäß, sie sollten nur ruhig
 weiterarbeiten; das weitere werde sich finden. Ihre Klage auf
 Zahlung des ihnen nach dem Tarife zuzurechnenden rückständigen
 Lohnes, die sich auf die Ansicht gründete, der Tarif bestehe noch zu
 Recht und könne nicht durch Separatabkommen geändert werden,
 habe vielmehr zwingende Kraft, wurde vom Gewerbegericht Hamburg
 abgewiesen. In der Begründung heißt es:

„Dadurch, daß die Kläger nach dem 7. November weitergearbeitet,
 nicht protestiert, insbesondere nicht gekündigt haben, was ihnen jeder-
 zeit freistand, haben sie sich mit den Lohnbedingungen der Firma
 einverstanden erklärt; es ist also ein vom Tarif abweichender Ver-
 trag zustande gekommen. Es handelt sich demnach lediglich um
 die Frage, ob ein Arbeitsvertrag, dessen Inhalt von dem Tarif-
 vertrag abweicht, gültig ist oder nicht. Diese Frage ist zu be-
 jaen. Nach § 105 der Gewerbeordnung ist die Festsetzung der
 Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den
 gewerblichen Arbeitern Gegenstand freier Übereinkunft, vorbehaltlich
 der durch Reichsgesetz begründeten Beschränkungen. Es ist also zu
 untersuchen, ob solche Beschränkungen vorhanden sind. Mangel
 eines Spezialgesetzes über den Tarifvertrag ist es zunächst nicht
 zweifelhaft, daß dieser Vertrag unter die allgemeinen Bestimmungen
 des bürgerlichen Rechtes über die Verträge zu bringen ist.“
 Es wird dann ausgeprochen, daß die erwähnten Beschränkungen
 nicht vorhanden seien. Auch sei kein Zwangsverhältnis anzunehmen,
 weil die Stundenlöhne nur um 5 oder 10 % gekürzt worden
 seien. In der Begründung heißt es dann weiter:

„Wenn demgegenüber die Frage aufgeworfen wird: Was hätte
 wohl ein Tarifvertrag für einen Zweck, wenn die den Arbeitern
 günstigen Bestimmungen durch Individualverträge aufgehoben werden
 könnten? - so überwiegt eine solche Fragestellung, ebenso wie das
 von den Klägern für ihre Rechtsansicht herangezogene Urteil des
 Gewerbegerichts Hannover vom 23. September 1908, nach Ansicht
 dieses Gerichtes, abgesehen von der Bedeutung, die dem Tarife als
 Vertragsform für diejenigen Fälle zukommt, in denen nichts verein-
 bart ist, völlig die sogenannte obligatorische Funktion des Tarif-
 vertrages. Jene Frage wäre nur gerechtfertigt, wenn der zwingende
 Charakter der Tarifbestimmungen das einzige Mittel wäre, um dem
 das geltende Recht das Interesse der Kontrahenten an gegenseitiger
 Gebundenheit am Tarifvertrag schützen könnte. Das ist aber bei
 weitem nicht der Fall. Vielmehr folgt aus der Anwendbarkeit der
 allgemeinen Rechtsätze der Schuldverhältnisse auf den Tarifvertrag,
 daß die Kontrahenten des Tarifvertrages sich gegenseitig durch
 Konventionalstrafen, Klagen auf Erfüllung und gegebenenfalls auf
 Schadenersatz zur Beobachtung des Tarifes anhalten können. Auch
 ist jede der vertragschließenden Organisationen in der Lage,
 auf gleiche Weise jedes ihrer Mitglieder zur Einhaltung des

...zu vermeiden. ... in diesem Punkte der Vertrag-
 ...zu vermeiden. ... in diesem Punkte der Vertrag-
 ...zu vermeiden. ... in diesem Punkte der Vertrag-

Das Urteil schenkt der Kartellrichter Bayern vornehmlich.
 In der Begründung eines anderen Urteils, die von dem Kassations-
 ...zu vermeiden. ... in diesem Punkte der Vertrag-

Die Parteien trennen sich, wenn sie glauben, daß sie nach Abschluß
 eines Lohnvertrages zwischen einer Arbeitgeber- und einer Arbeiter-
 Korporation nicht mehr das Recht hätten, im Einzelfalle besondere
 Arbeitsbedingungen, welche von den Tarifbestimmungen abweichen,
 miteinander auszuhandeln, und daß etwa doch ge-
 troffene Vereinbarungen solcher Art als nichtig anzusehen seien.
 Dieser Standpunkt ist bisher in der Literatur der Rechtsprechung
 nur ganz vereinzelt eingenommen worden. ... durch, daß hier und
 dort einige vom Tarifinhalt abweichende Einzelverträge abgeschlossen
 werden, wird der Hauptzweck der Tarifverträge nicht vereitelt. Dieser
 kann nämlich nach dem geltenden Recht nur der sein, daß die Ver-
 tragsparteien, das heißt die Korporationen der Arbeitgeber und
 Arbeitnehmer beziehungsweise ihre Vorstände, rechtlich verpflichtet
 werden sollen, ihrerseits mit allen zulässigen Mitteln dahin zu wirken,
 daß auch die Mitglieder der Korporationen die im Tarif festgelegten
 Arbeitsbedingungen in den von ihnen eingegangenen Arbeitsverträgen
 als gültig ansehen. Um die Korporationen beziehungsweise ihre
 Vorstände dies nicht, oder veranlassen sie selbst sogar die Nicht-
 befolgung der tarifvertraglichen Bestimmungen, so machen sie sich
 des Tarifbruchs schuldig. Da aber in der Regel die Korpo-
 rationen die Tarifvereinbarungen respektieren, und da in
 der Regel auch die einzelnen Mitglieder der Korporationen beim
 Abschluß ihrer Arbeitsverträge die Tarifbestimmungen zum Inhalt
 ihrer Verträge machen, sei es ausdrücklich oder stillschweigend, sei es
 nur unter moralischem Druck der Tarifgemeinschaft, sei es, weil sie
 dazu sich ihrer Korporation gegenüber verpflichtet fühlen, so
 wird dadurch der weitere Zweck der Tarifverträge, die Verminderung
 der Lohnkämpfe und die Sicherung einer unteiligen Stetigkeit im
 Wirtschaftsleben, in einem hohen Maße erreicht. Und das Bestehen
 von Tarifverhältnissen zwischen Korporationen, denen ein größerer
 Teil der Arbeitgeber und Arbeiter eines bestimmten Gewerbes an-
 gehört, hat überdies den großen Vorteil, daß die Gerichte auch bei
 Arbeitsverhältnissen zwischen Nichtmitgliedern der betreffenden Kor-
 poration die im Tarif enthaltene Lohnsätze in der Regel ohne
 weiteres als übliche im Sinne des § 612 des Bürgerlichen Geset-
 zbuches ansehen können. Die sogenannte Fernwirkung der Tarif-
 verträge, wie Dr. Singheimer es nennt, gegenüber diesem ge-
 waltigen Vorteil wirtschaftlicher Art erscheint es ganz von unter-
 geordneter Bedeutung und deshalb dem Wesen und Zweck der Tarif-
 verträge durchaus nicht widersprechend, wenn hier und da ein ein-
 zelner Arbeitgeber mit einzelnen Arbeitern besondere, von
 den tariflichen Bestimmungen abweichende Arbeitsbedingungen verein-
 bart. Der eigentliche juristische Grund aber, welcher es un-
 möglich macht, die Einzelarbeitsverträge, welche gegen Tarifbestim-
 mungen verstoßen, als ungültig anzusehen, ist, daß im geltenden
 Rechte es keine einzige Gesetzesbestimmung gibt, mit
 welcher man solche Ungültigkeit begründen könnte.“

Dies letztgenannte mag ja stimmen. Im übrigen werden die
 Ausführungen der beiden Gewerbestreiter wohl nur bei Berufs-
 Juristen Zustimmung finden. Der gewöhnliche Menschenverstand
 wird sie kaum begreifen können. Wenn wir die „Begründungen“
 recht verstanden haben, so sollen in dem Falle, wo ein Unternehmer
 den Tarif bricht, auch nur Unternehmer berechtigt sein, den Tarif-
 brecher zur Taristreue zu veranlassen und in ähnlicher Weise sollen
 nur Arbeiter berechtigt sein, gegen tarifbrüchige Arbeiter vorzugehen.
 Wenn nun, wie in den vorliegenden Fällen, die Unternehmer -
 woran sie niemand hindern kann - vereinbaren, daß sie Tarifbrecher
 aus ihren Reihen nicht verfolgen wollen, so wird dadurch der Tarif
 vollständig unwirksam gemacht. Was den Unternehmern recht ist,
 muß - wenigstens nach dem Buchstaben des Gesetzes - den
 Arbeitern billig sein. Es kann also kein Gericht eine
 Gewerkschaft hindern, zur Zeit einer für sie günstigen
 Konjunktur so viel Tarife zu brechen, wie sie Lust hat.
 Dieser Zustand wird aber wohl kaum jemand befriedigen. Das
 ganze Tarifwesen ist in Frage gestellt. Wir haben ja nie zu
 denen gehört, die vom Tarifwesen alles Heil erwarten. Bedauern
 müssen wir aber alle die bürgerlichen Sozialreformer, die ihm
 so begeisterte Loblieder gesungen haben. Wir können nur dem zu-
 stimmen, womit der Grundstein seine Besprechung schließt. Dies
 lautet folgendermaßen:

„Fast fühlt man sich veranlaßt, recht laut nach einer gesetzlichen
 Regelung des Tarifrechtes zu rufen, aber ein solches Gesülte müßte
 gleich wieder schweigen, wenn man an die reaktionäre Richtung
 in unserer Sozialpolitik denkt. Nein, auch hier kann nur die
 Organisation helfen, indem sie solche Unternehmer nach Zug und
 Recht als vertragsbrüchig behandelt und ihnen ihre anarchischen
 Mücken austreibt.“

Gewerkschaftliches.

Bergarbeiter. Um den Wünschen der Bergarbeiter nach Schaffung
 eines Reichsberggesetzes mehr Nachdruck zu geben, hat die
 Verband der Bergarbeiter Deutschlands den Christlichen
 Gewerbeverein der Bergarbeiter, den Hirsch-Duncker'schen Gewerbe-
 verein und die polnische Berufsvereinigung eingeladen, einen gemein-
 samen deutschen Bergarbeiterkongress abzuhalten. Die beiden
 letztgenannten Organisationen sagten ihre Beteiligung zu, dagegen
 lehnte der „christliche“ Gewerbeverein sie ab mit der Begründung, er
 sei „zur Abhaltung überflüssiger Kongresse und sonstiger Zusammen-
 künfte nicht zu haben; Zeit und Geld ließen sich nutzbringender an-
 wenden“. Der Kongress soll jedoch nichtbestimmten abgehalten
 werden. Die Nr. 1 der Bergarbeiter-Zeitung enthält einen Aufruf,
 den die Vorstände der anderen drei Organisationen unterzeichnet
 haben. Der Kongress wird am 31. Januar in Berlin stattfinden.
 Die provisorische Tagesordnung lautet folgendermaßen: 1. Ein-
 führung von Grubenkontrollleuten, die von den Bergarbeitern
 aus ihrer Mitte gewählt und vom Staate bezahlt werden. 2. Ein-
 führung eines Reichsberggesetzes unter besonderer Beachtung a) des
 Bergarbeiterchutzes und Regelung des Strafwesens, b) Einführung
 der achtstündigen Schichtzeit und c) der einheitlichen Reform des
 Knappschichtwesens. 3. Verbot und Bestrafung der Schwarzen
 Listen-Systeme und der dauernden Sperren.

Daußeder. Das Verbandsorgan, die Dachdeckerzeitung, er-
 scheint vom 1. Januar an wöchentlich, anstatt, wie bisher, vierzehn-
 täglich.

Lithographen. Im Verband der Lithographen und Steindrucker
 wird vom 1. Januar an ein wöchentliches Extrabeitrag von 10 g
 erhoben, um den arbeitslosen und ausgeheerten Mitgliedern eine
 Extraausstattung zu gewähren zu können.

Maurer. Im Maurerverband sollen während dieses Jahres
 monatlich Arbeitslohnentscheidungen vorgenommen und die Resultate
 im Verbandsorgan veröffentlicht werden.

Tabakarbeiter. Die Zentralkommission der Tabakarbeiter
 Deutschlands beruft zum 18. Januar nach Berlin einen Kongress
 der Tabakarbeiter Deutschlands ein. Der Hauptpunkt der provi-
 sorischen Tagesordnung bildet ein Protest gegen die von der Reichs-
 regierung geplante Erhöhung der Tabaksteuer.

Zimmerer. Eine am Ende des Jahres abgehaltene Konferenz
 des Landesverbandes von Zimmererverbänden nahm folgende
 Resolution an:
 „In Erwägung, daß ein großer Teil der Bauten in Beton
 ausgeführt wird und die Entwicklung im Bauwesen immer mehr die
 Richtung zum Betonbau einschlägt und so ein wesentlicher Teil der
 heute noch üblichen Zimmererarbeit, wie Balkenlegen, Deckenbauungen
 in Holz, Räume u. s. w. fortfällt, erklärt die Gaukonferenz, daß die
 Einzelarbeit als Zimmererarbeit zu betrachten ist, und daß

...wird, wenn ...
 ...wird, wenn ...
 ...wird, wenn ...

**Das Koalitionsrecht der Angestellten und die Vereinigten
 Maschinenfabriken Nürnberg-Augsburg.**

Am 7. Dezember fand in Augsburg die Generalversamm-
 lung der Vereinigten Maschinenfabriken Nürnberg-Augsburg statt.
 In den Verhandlungen zwischen den Aktionären und der Direktion
 spielte auch der bekannte Gesimsler eine Rolle. Mit den Ur-
 sachen und Folgen der ganzen Aktion beschäftigte sich in einer
 längeren Rede der Aktionär und Rechtsanwalt Dr. Kleininger
 (Augsburg). Er gab sehr instruktive die Anschauung wieder, die ein
 Diablenempfänger von einem modernen Industrieunternehmen
 solchen nur „theoretische Erörterungen“, der springende Punkt liegt
 für ihn vielmehr in der Frage, welche Folgen für das Geschäfts-
 ergebnis solche Maßnahmen der Direktion haben. So konstatierte
 der Redner, daß verschiedene Gemeindeverwaltungen, wie München,
 Ludwigshafen, Ansbach, Frankfurt, den Beschluß gefaßt haben, bei
 Vergütung von Arbeiten und Lieferungen nur solche Firmen zu
 veranschlagen, die das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer un-
 angetastet lassen. Auch das bayerische Staatsministerium für Ver-
 waltungssachen soll einen ähnlichen Beschluß gefaßt haben. Mit
 Sorge stellte der Aktionär an die Direktion die Anfrage, ob der Ge-
 heimverlag und die Beschlässe der Behörden den Geschäftsgang der
 Werte ungünstig beeinflusst hätten. In seiner Erwiderung suchte
 Generaldirektor Dr. v. Kieppel den Nachweis zu führen, daß der
 Geschäftsgang der Unternehmen aus diesen Gründen nicht ge-
 fährdet sei, übrigens sei auch das Koalitionsrecht der Angestellten in
 Augsburg nicht in Gefahr.

Dieser Dialog zwischen Aktionär und Geschäftsleitung kennzeichnet
 den kapitalistischen Geist, der in den Generalversammlungen herrscht.
 Den Kapitalisten macht die öffentliche Meinung keine Sorge, wenn
 es nur bei dem allgemeinen Entrüstungssturm bleibt. Auch soziale
 Momente haben für ihn keine Bedeutung. Er wird nur empfindlich,
 wenn seine Profitinteressen berührt werden. Deshalb war die Taktik
 unserer Genossen in den verschiedenen Gemeindeverwaltungen sehr an-
 gebracht. Sie stellten entweder selbst Anträge oder unterließen An-
 träge von bürgerlicher Seite, durch die bei Vergütung öffentlicher
 Arbeiten denjenigen Firmen der Vortritt höher gehängt wird, die
 das Koalitionsrecht nicht anerkennen. Der Bund der technisch-
 industriellen Beamten hatte nun zwei Organisationsvertreter als
 Aktionäre in die Generalversammlung geschickt. Diese verlangten
 von der Direktion eine bündige Erklärung über die zukünftige
 Haltung zu den Angestelltenorganisationen. Auf die An-
 frage des Ingenieurs Lüdemann, ob der Aufsichtsrat dazu seine
 Zustimmung gibt, wenn die Direktion der Augsburger Werte ihre
 Angestellten nach ihrer Organisationszugehörigkeit fragt, antwortete
 der Vorsitzende, Kommerzienrat Schwarz, daß die Direktion un-
 bedingt Herr im eigenen Hause bleiben müsse. Trotz mehrmaliger
 Aufforderung wurde den wüthbegierigen Angestellten-Aktionären eine
 andere Antwort nicht erteilt. Sie konnte auch von der Direktion der
 Nürnberg-Augsburgischen Maschinenfabrik nicht anders erwartet
 werden. Der Kampf um das Koalitionsrecht ist also hier noch nicht
 beendet, sondern nur vertagt. Aus den Erklärungen der Direk-
 tion geht hervor, daß die Unternehmer die Absicht haben, die Or-
 ganisationen der Angestellten mit denselben Mitteln niederzujagen,
 die sie bisher bei denen der Arbeiter vergeblich versucht haben.

Von der Friedensliebe der bayerischen Industriellen.

Der Vorstand des Verbandes bayerischer Industrieller
 sagt in seinem neuesten Geschäftsbericht unter anderem: „In den
 diesjährigen Berichten sind die Klagen über Arbeitermangel und
 Bagogenot und dergleichen durch weit schwerwiegendere über starke
 Rückgänge der Geschäftslage, Beschäftigungslosigkeit und Betriebs-
 einschränkungen ersetzt, von denen nur wenige Werte vorzucht ge-
 blieben sind. Sowohl der in wie der ausländische Markt waren
 mit Vorräten überfüllt, so daß Geschäfte überhaupt nur zu den denk-
 bar niedrigsten Preisen abgeschlossen werden konnten. Daneben ging
 auf der anderen Seite eine allgemeine Steigerung der Erzeugungs-
 kosten, sowohl der Rohstoffe wie der Löhne, die bei einzelnen
 Sparten in Zeiten der vorausgegangenen guten Geschäftskontunktur
 eine ungewöhnliche Höhe erreicht hatten. Da die Ursachen in
 einer Reihe von Industriezweigen eine Besserung in absehbarer Zeit
 nicht erwarten lassen, sieht man sich vor die Notwendigkeit gestellt,
 an Lohnherabsetzungen zu denken, so daß unsere Industrie in der
 nächsten Zeit mit Lohnkämpfen zu rechnen haben wird.“

Die Soziale Praxis vom 7. Januar 1909 (Spalte 387) bemerkt
 dazu sehr richtig:

„Die Steigerung der Produktionskosten und der Rohmaterialien-
 preise glaubt der Industriellenverband als etwas Unabänderliches
 hinzunehmen zu müssen, während die Überwälzung des durch jene
 Preissteigerung verschärften wirtschaftlichen Druckes auf die Arbeiter-
 löhne als etwas Natürliches erscheint. Werden denn die Arbeiter
 nicht ebenfalls von der allgemeinen Preiserhöhung getroffen, und
 kann statt des Preises für den Produktionsfaktor „menschliche Arbeits-
 kraft“ nicht einmal der Preis für die Produktionsfaktoren Kohle,
 Rohstoffe, Metall reduziert werden? Freilich, diese Preise sind
 faktellert, während eine Kartellierung der Preise für die Ware
 Arbeitskraft durch Lohnarbeitsverträge als eine gemeinschaftliche Ver-
 drohung der deutschen Industrie hingestellt wird.“

Der Verband bayerischer Industrieller beabsichtigt offenbar,
 Bind zu lösen. Er darf sich jedoch nicht wundern, wenn er eines
 Tages Sturm ernten wird.

Zur Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen.

Eine bemerkenswerte Notiz finden wir in Nummer 1 der Kranken-
 kassen-Zeitung (Seite 8). Der konervative Reichstagsabgeordnete
 Pauli, der sich im Reichstag schon so oft als Gegner der Arbeiter-
 bewegung betätigt hat und bisher auch als Gegner der Selbstverwaltung
 der Ortskrankenkassen bekannt war, hat seine Meinung über diese
 geändert. Die Ursache wird darin zu suchen sein, daß er als
 Mitglied des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse Potsdam
 Gelegenheit hatte, selbst an der Kassenverwaltung mitzuwirken
 und auch die Tätigkeit derer zu beobachten. Herr Pauli wird bei
 der Beratung der Krankenversicherungreform Gelegenheit haben,
 seine neue Meinung zu betätigen. Geht es ihm, so wird es für
 gewisse Scharfmacher und Reichsverbändler eine bittere Pille sein.

Ein Hirsch-Duncker'sches Kundstüchlein in der Arbeiterpresse.

Seitdem der Kalender des Gewerbevereins der Maschinenbau-
 und Metallarbeiter nicht mehr herausgegeben wird, weil diesem
 Gewerbeverein so viele Mitglieder „fortgeschritten“ sind, wird ein
 allgemeiner Hirsch-Duncker'scher herausgegeben, der nicht auf
 einen bestimmten Beruf zugeschnitten ist und von dem Verlag der
 Raumann'schen Hilfe herausgegeben wird. Zum erstenmal wurde
 dieser Kalender für das Jahr 1908 herausgegeben. Die Rache des
 Kalenders fürchtet jedoch offenbar, daß die Mitglieder der Ge-
 werbevereine gar nicht so sehr nach der Weisheit lechzen, die darin
 verzapft werden sollte. Man hängt ihn deswegen ein „neutrales“
 Rästelchen um und nannte ihn „Arbeiter-Jahrbuch“. Ferner
 wurde der Verlag von der Raumann'schen Hilfe übernommen, offen-
 bar weil Raumann bei dem naiveren Teil der deutschen Arbeiter-
 schaft noch nicht allen Kredit verloren hat. Dies geschah ohne Zweifel
 alles in der Absicht, auch solche Arbeiter zum Kauf des recht
 minderwertigen Buches zu veranlassen, die nicht zu den Hirschen
 gehören. Bei dem Vertrieb des Jahrganges 1909 ging man noch
 raffinierter vor. Der Name Anton Erkelenz, von dem man noch
 annehmen darf, daß er bei der nicht Hirsch-Duncker'schen Arbeiter-
 schaft keinen besonders guten Klang hat, verstand man

Stillest und außerdem brachte man viele von allgemeinen...
 Die in Magdeburg erscheinende Volksstimme (Nr. 3 vom 5. Januar) berichtet folgendes:
 Jahrelang würden die bürgerlichen Parteien davon zehren, wenn sich Sozialdemokraten eines solchen Terrorismus schuldig gemacht hätten, wie er in einer Verhandlung am Donnerstag vor dem hiesigen Gewerbegericht zur Sprache kam. Gleichzeitig wüßte dieser Vorfall ein Licht auf die Art, wie die Agitation für den reichstreuen Arbeiterverein betrieben wird und mit welcher Überzeugungsstärke seine Mitglieder an ihm hängen müssen. Die Firma August Böhmer hat eine Bestimmung in ihrer Fabrik, daß jeder dort Beschäftigte entweder dem reichstreuen Verein oder dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein (für die Hirsch ein allerliebtes Zeugnis) angehören muß. Der Schlosser Lehmann hatte bei seinem Arbeitsantritt vor 1 1/2 Jahren angegeben, er gehöre dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein an. In Wirklichkeit war er Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes. Vor sechs Wochen wurde dieses bekannt und Herr Böhmer stellte dem Lehmann die Wahl, entweder die Entlassung zu erhalten oder dem reichstreuen Verein beizutreten. Lehmann hat um drei Tage Bedenkzeit; nach Ablauf derselben verweigerte er den Beitritt. Ihm wurde nun gefündigt, aber er weigert sich — doch noch Mitglied der Reichstreuen werden, und zwar wurde ihm, ohne daß er darum befragt wurde, Eintrittsgeld und ein Monatsbeitrag, zusammen 90 g, vom Lohn abgezogen! Lehmann protestierte vergeblich dagegen und freute sich dann wegen der 90 g Menge vor dem Gewerbegericht an. Dieses war der Ansicht, daß die Firma im Verhalten in keiner Beziehung rechtfertigen könne. Sie wurde zur Zahlung der 90 g und zur Zwangszahlung des Rechtspreises verurteilt. Der Vertreter der Firma fragte noch, ob er Verurteilung einlegen könne!
 Wer interessiert?

Vom Ausland.

Österreich.

Der neueste Verbandstag der österreichischen Metallarbeiter hatte mit großer Geduld die Beschlüsse der letzten Versammlung, die eine Neutralisierung des Widerstandsfonds erforderte, bekräftigt. Man hätte nun erwarten können, daß die hiesigen Mitglieder Böhmers sich der Beschlüsse der letzten Versammlung der gewerkschaftlichen Organisationen gegen ihren Widerstand auf keine Ermüdung des Widerstandsfonds aufgeben würden. Leider tun es wieder. Am 26. Dezember vorigen Jahres fand in Prag eine Konferenz der hiesigen Gewerkschaften statt, die Beschlüsse ergab, die eine Loslösung vom Metallarbeiter-Verband bedeutete. Für die Spaltung der Organisationen traten 64 Delegierte mit 629 Stimmen, gegen sie 4 Delegierte mit 102 Stimmen, 4 Delegierte mit 33 Stimmen enthielten sich der Abstimmung. Die entsprechende Resolution lautet:
 Die Konferenz der hiesigen Gewerkschaften der Metallarbeiter in Prag, abgehalten am 26. Dezember 1908 im Lokal des in Prag, erklärt nach gründlicher Behandlung der Angelegenheit des Widerstandsfonds, bezüglich des Streikfonds und Gründung der Widerstandsfonds in Prag, die die Sozialdemokraten vertreten, in bezug auf die Auflösung der Organisationen, die bei der Spaltung des Widerstandsfonds mit dem Verband vereinigt waren, und dass jeder mit diesen nicht einverstanden sein.
 Die Sozialdemokraten in Prag, die nach der Vereinbarung die eine Zeitlang vertritt, hat bisher gewagt, für die Interessen unserer Organisationen gegen und sprechen wir uns daher unter wärdigen Umständen aus, erklären, daß wir auf diese Resolution bei der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten des ganzen Landes keine der Bedeutung in der Partei, Gewerkschaften und in Prag, beizutreten und sich demgegenüber gegen die Gründung der Widerstandsfonds, für die hiesigen Angelegenheiten der Sache befinden, haben und haben beabsichtigen an der Selbstverwaltung des Widerstandsfonds in Prag teil zu nehmen. Wir sind zu der Überzeugung gelangt, daß wir in Prag den Widerstandsfonds die notwendigen Bedingungen, die zur Gründung unserer Organisationen in Prag nötig sind, nicht entgegen, sondern mit der Sozialdemokratie, daß für alle Beziehungen treffen, die zur Verteidigung unserer Interessen notwendig

...in auch alle Vorbereitungen zur Gründung eines...
 Die Diskussionen über den Gewerkschaftsfrage zu Mar-
 seille wollen noch immer kein Ende erreichen. Große Unzufrieden-
 heit herrscht über einen großen Teil der gefassten Beschlüsse, haupt-
 sächlich über die antimilitaristische und antipatriotische Resolution,
 die mit großem Recht von bedeutenden französischen Gewerkschaft-
 lern als ein Verstoß der „ganz reinen“ Syndikalisten gegen ihre
 eigene Neutralitätsresolution des Kongresses von Amiens (1906) be-
 zeichnet wird. Antipolitisch muß die Gewerkschaftsbewegung sein,
 so wurde immer und immer wieder von den „ganz Reinen“ in den
 verschiedensten Tonarten gefungen, und auf dem Marceller Kongreß
 haben die lautesten Sängler dieser These, echt revolutionär, eine
 Resolution verteidigt und zur Annahme gebracht, die das genaue
 Gegenteil besagt. „Der Ruf: Keine Politik in den Syndikaten“
 rufen wir jetzt richtig zu deuten,“ schreibt Genosse Niel in der
 Humanität vom 27. Dezember 1908, „er heißt: Keine sozialistische
 Politik in den Syndikaten, damit wir desto besser und bequemer
 anarchistische Politik treiben können.“ Und damit trifft Niel den
 Kern der Sache. Den Wortführern des französischen „reinen“ Syn-
 dikalismus — es gibt „halbreine“ und „unreine“ Syndikalisten —
 kommt es bei ihrer Laune weniger darauf an, den Gewerkschaften
 eine werdende Kraft zu verleihen, um die Organisationen zu ver-
 größern, als vielmehr darauf, zu achten, daß ihre anarchistischen
 Ideen, die sehr oft mit den tagtäglichen Erfahrungen im gewerkschaft-
 lichen Kampfe in argem Kontraste stehen, ganz rein in den Resolu-
 tionen und Statuten, in Zeitungsausschnitten und Versammlungsbre-
 den zum Ausdruck kommen. Ob es dadurch möglich ist, die noch In-
 differenten für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen, das küm-
 mert diese Romantiker sehr wenig. Die träge, dumme, heftige
 Masse ist ja nur hinderlich für den Bau revolutionärer Luftschiffe.
 Weiter eine kleine Sekte bleiben, die unabdingt den Offenbarungen
 ihrer Priester lauscht, als Kontakt mit dem wirklichen Leben zu
 nehmen und im organisierten Proletariat die wirklich revolutionäre
 Macht anzuertennen.
 Kurz nach dem Kongreß zu Marseille war es Latapie, der
 Sekretär des Metallarbeiterverbandes, früher einer der energigsten
 Verteidiger des revolutionären Syndikalismus, der in der Humanität
 einen Artikel über die Zukunft des französischen Syndikalismus ver-
 öffentlichte. Darin erklärt er klipp und klar, daß die Konföderation
 nach Marseille der Befestigung der Antimilitaristen um Deros ist.
 Da der Artikel einiges Aufsehen erregte, sei gestattet, einige Stellen
 daraus wiederzugeben. Latapie rät den „Intellektuellen“, den „Theo-
 retikern des Syndikalismus“, die nur „von weitem die Gewerkschafts-
 bewegung kennen“ und trotzdem sich berufen fühlen, der Konföderation
 die Marschroute vorzuschreiben, einmal „zu den Arbeitern der
 Großindustrie zu gehen, um wirklich lernen zu können, was der
 Arbeiter will. Diese Arbeiter, weit davon entfernt, die Konsequenzen
 der sogenannten revolutionären Resolutionen zu ziehen, begnügen
 sich für den Augenblick mit der Forderung des wöchentlichen Ruhe-
 tages und der 14tägigen Bezahlung.“ Nachdem Latapie kurz auf
 die mit großer Majorität angenommene Neutralitätsresolution von
 Amiens eingegangen ist, fährt er fort:
 Heute ist diese Einheit zerbrochen. Ein breiter Graben besteht
 zwischen Revolutionären und den Anhängern des Genere sociale (anti-
 militaristische Zeitung von Deros), während wir, die revolutionären
 Syndikalisten, die ungewollten Gefangenen des letzteren sind. Wo
 wird uns dies hinausführen? Die Bergangeheit ist voll von Radikalen
 und eingesperrten Kameraden; die Regierung ist immer entschiedener
 weiter zu wahren, und dazu kommt noch, daß die Unternehmer mächtig
 organisiert und diszipliniert sind. Was werden wir tun? Uns noch
 weiter in nutzlose Manifestationen werfen, von neuem unsere Kame-
 raden arretieren lassen und um diese zu befreien, Schritte zu tun, die
 für die Arbeiter noch verabschieden (die Deputierten)? ...
 Es ist nicht hochzubede Phantasie, nicht schmerzende Reso-
 lutionen, die die Unternehmer existieren lassen; dies kann nur unsere
 Organisation. Alles andere ist „Nipp“, und dies wird man übrigens
 sehen, wenn verschiedene Resolutionen des Marceller Kongresses in
 die Praxis überführt werden sollen.
 Diese freimütigen Worte haben natürlich den Haß aller Anarchisten
 und Anhänger Deros heraufgeföhrt. „Latapie muß fallen!“, so
 lautet die Parole, und heftig und offen wird gewühlt, um das zu
 erreichen. Latapie steht jedoch nicht allein. Schon eingangs führten
 wir den Genossen Niel an, der ebenfalls warnt, auf der eingeschla-
 genen schiefen Ebene weiter zu wandern. In zwei Artikeln, betitelt:
 „Der Weg nach dem Tode“, wendet er sich in sehr überzeugender Weise
 gegen die neue Richtung der Konföderation. Dann ist weiter
 nach der Genosse Guez, der in der Humanität bereits von einer
 Seite des Syndikalismus sprach. Er führt in seinem Artikel ein
 Gespräch an, das verdient, wiedergegeben zu werden, weil es typisch
 für die Spaltung und Ideen der „reinen Syndikalisten“ ist. „End-
 lich“, so erklärte ein einflussreicher Anhänger der neuen Laune, „haben
 wir die Hilfe des Antipatriotismus begehrt. Nun werden wir
 in die Ferne des antipatriotischen Syndikalismus eintreten.“
 — Aber, Kamerad, glauben Sie nicht, daß Sie damit sehr schmer-
 zu tun machen? die gewerkschaftliche Befreiung machen? —
 Ich würde Sie, wir legen sehr wenig Wert auf die Stohorten! —
 ... Das ist hauptsächlich die Organisationsmethode der „reinen Syn-
 dikalisten“. Seine Stohorten, das heißt, seine letzten leistungsfähigen
 Gewerkschaften mehr, sondern kleine, unzufriedene, familiäre Sekteln,
 deren Mitglieder alle schwören müssen, antipatriotisch, antipatriotisch,
 antipatriotisch und antipatriotisch zu sein. Wie lange werden
 wohl die französischen Arbeiter sich von diesen hinterwärtigen
 „Syndikalisten“ noch leiten lassen?

Literarisches.

In Serien Stunden. Von dieser illustrierten Romanzeitschrift in
 Buchform, die durch den Abdruck guter Romane, Novellen,
 Humoresken, Skizzen u. s. w. einen erfolgreichen Kampf gegen die
 Schandliteratur führt, sind die letzten Hefen des laufenden Jahres
 erschienen. Mit Heft 22 nimmt der mit so außerordentlichem Inter-
 esse angelesene Roman Der Haidau von Emma Dambrowska
 sein Ende. Am 1. Januar beginnt Revilworth, ein Roman von
 dem herausragenden schottischen Erzähler Walter Scott, der, wie
 wir hoffen, ebenfalls allgemeinen Beifall finden wird. Aber auch
 die neueren zum Abdruck gelangende Erzählungen Nummer Jahre,
 die die Zeiten einer Mutter (der während der russischen Revolution
 die Schwere verhaftet werden) schildert, wird durch ihren ergreifenden
 Inhalt und durch ihre anschauliche Darstellung jeder mit größter
 Spannung gelesen werden. Wir teilen allen, die noch nicht Leser
 der Serien Stunden sind, die sich jetzt bietende Gelegenheit zum
 Abonnement zu benutzen, um so mehr, als der Preis außerordentlich
 befriedigend ist. Jede Woche erscheint ein 24 Seiten langes Heft von
 10 Pfennig und enthält zum Preise von 10 g. Beilagen nehmen
 alle Fachschriften, Zeitungsbeilagen und Postkarten entgegen.

Der diesjährige...
 Im Verlag von J. G. M. Diez Nachf. in Stuttgart ist zu
 erlangen: Die Novellen zur Gewerkschaft von August Loh. Von
 August Loh. Preis 20 g. In der vorliegenden Ausgabe
 haben der Autor die Bestimmungen der Bremer Überwindung, den
 Schatz gewerkschaftlicher Arbeitertum betreffen, ferner die Novellen zur
 Gewerkschaften und Arbeitervereine, sowie den
 Text der Novellen in einer Gegenüberstellung der alten mit der neuen
 Fassung, wie sie vom Reichstag am 9. Dezember beschlossen worden
 ist. Diese Ausgabe ist für alle Interessenten unentbehrlich und für
 die Helfer von Stadttagen Arbeitertum wird sie eine will-
 kommene Ergänzung bilden.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen.**
 (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)
- Samstag, 16. Januar:**
 Dörmelshaus, Weigel, halb 9 Uhr.
 Böhmig, Deutsches Haus, halb 9 Uhr.
 Einbau, Engelstr. 8, 8 Uhr.
 Neudingen, Gollsch, halb 9 Uhr.
 Generalversammlung. Buch, 1/9.
 Mühlheim (Steinbach), Straubing, Hof.
 Nordhausen, Altes Schützenhaus, 1/9.
 Stendal, Salzweber, Zur Deutschen
 Wache, Mittelstr. 12, halb 9 Uhr.
 Weiskelm, a. M., Osten, halb 9.
- Sonntag, 17. Januar:**
 Chemnitz (Setzungsmonteur), Hoff-
 mann, untere Georgstr. 1, 11 Uhr.
 Hannover, Ed. Heiglm., Langestr. 2, 10.
 Seidenheim, Maßstäbe, nachm. 3 Uhr.
 Generalversammlung.
 Mühlh.-Brosch.-Speidorf, Rube, 1/11.
 Mühlh.-Oberhausen, Hermanns, 10.
- Donnerstag, 21. Januar:**
 Offenbach (Elektron), Quabt, 8.
 Rowawes-Neuendorf, Singer, 1/9.
- Freitag, 22. Januar:**
 Differdingen, Nero, Großstr., 8 Uhr.
 Reumünster, Rentzherberge, 1/9.
 Weimar, Volkshaus, halb 9 Uhr.
- Samstag, 23. Januar:**
 Biberach a. N., Zum Schützen, halb 9.
 Doornum, Gewerkschaftshaus, 1/9.
 Eisenach, Fröhlicher Mann, halb 9.
 Gotha, Volkshaus zum Wobren, 1/9.
 Krefeld, Neuen, Peterstraße, 9.
 Nördlingen, Elektromonteur, u. Helfer.
 Verbundhaus, Partsch, 8 Uhr.
 Osnabrück, Schumacher, halb 9 Uhr.
 Pöhlau, Goldene Krone, halb 9 Uhr.
 Schwert, Gr. Moor 61, halb 9 Uhr.
 Stuttgart, (Setzungs-) Sämann,
 Wagnerstr. 17, abends 8 Uhr.
 Weiskelm, Jähriger Hof, 8 Uhr.
 Weiskelm, Volkshaus, halb 9 Uhr.
 Wittenberg, Freudenberg, halb 9.
- Sonntag, 24. Januar:**
 Offenbach, Demont, a 5 Uhr.
 Sprottau-Wallm., Graf-Waldberg, 4.
 Witten, Röhmeier, Ardenstr., 10.

- Bekanntmachungen der Orts-
 verwaltungen etc.**
- Breslau, (Feilenarbeiter.)** Um-
 schauenerunterlagt Arbeitsnachweis
 und Ertraunterstützung Schwert-
 straße 4, 1.
- Dörmelshaus, (Sofa) Geheft** von
 7 bis 8 Uhr abends beim Kaffeehaus
 S. Nier, Grünstr. 18.
- Berlin, Vertrauensleute** unterer-
 Eichen-, Metall-u. Kesselfor-
 dreher. Donnerstag, 21. Jan.,
 abds. 7 Uhr, Rosenthalerhof, Rosen-
 thalerstraße 11/12, großer Saal.
Berlin, Vertrauensleute! Die
 Vertrauenspersonen werden hier-
 mit darauf aufmerksam gemacht,

- Geforben.**
- Hertenwalde, Emil Wendt,** Ar-
 beiter, 51 Jahre, Bruffantstr.
- Sonan, Johannes Hofner,** Silber-
 formen, 42 Jahre, Magdenleiden.
- Sargus a. Elbe, Paul Gehard,**
 Schmied, 40 Jahre, Magdenleiden.
 — Hermann Jwidel, Klempner,
 40 Jahre, Blumengürtung.
 — Ludwig Appell, Klempner, 30 Jahre,
 Sungenubekulose.

Privat-Anzeigen.

Vergleich.
 In der Privatlagende Schlichte und drei Genossen gegen den
 Redakteur der Zeitschrift Rendsburger Wochenblatt G. Möller in Rends-
 burg wegen Beleidigung.
 Der Angeklagte erklärt: Ich habe in die Nummer 22 vom 4. Ok-
 tober 1907 des Rendsburger Wochenblatts einen Artikel aufgenommen,
 der folgenden Inhalt hat:
 „Ein Urteil über sozialdemokratisches Alkquemefen, und zwar in der
 größten sozialdemokratischen Gewerkschaft, dem Deutschen Metallarbeiter-
 Verband, fällt der Solinger Fabrikarbeiter-Verband mit folgenden Sätzen:
 Die Genossen in die Dokumente, in deren Besitz wir sind, zeigt uns ein
 erschreckendes Bild der Kläger, von der der Deutsche Metallarbeiter-Verband
 regiert wird. So viel Verworfenheit, wie uns da entgegenstarrt, hätten
 wir an der Spitze der größten Gewerkschaft Deutschlands nicht zu finden
 gesucht. Es wäre eine Schmach für die deutsche Arbeiterbewegung, wenn
 sie an ihrer Spitze noch länger Leute dulden würde, die, um ihre Ziele zu
 erreichen, vor keinem Verbrechen an der Arbeiterchaft zurückbleiben.“ Diese
 Charakteristik würde an Wert verlieren, wenn wir nicht hinzufügen wollten,
 daß es gleichfalls Sozialdemokraten sind, die so über ihre Genossen zu
 urteilen gegonnen sind.“
 Ich erkläre, daß ich den Inhalt dieses Artikels und die daran ge-
 knüpfte abschließende Bemerkungen über die Privatlagere nicht aufrecht
 erhalten kann, bedeure die Aufnahme des Artikels und nehme die Be-
 leidigungen zurück. Ich trage die Kosten des Verfahrens. Ich verpflichte
 mich, diese Erklärung binnen 14 Tagen nach rechtskräftigem Abschluß des
 Vergleichs in folgenden Blättern zu veröffentlichen: Im Rendsburger
 Wochenblatt und zwar hier im redaktionellen Teil, in der Metallarbeiter-
 Zeitung in Stuttgart, in der Bergischen Arbeiterstimme in Solingen und
 im Einheitswerk in Solingen.
 Die Kosten der Privatlagereitenden Anwälte werden auf 60 Mk. festgesetzt.
 gez. Carpen.
 Für die Abchrift: Rechtsanwalt Dr. Schweitzer.
 Stuttgart, den 29. Dezember 1908. 11303

Durch alle Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten u. Geschäftsführer des Deutschen
 Metallarbeiter-Verbandes sowie durch unterzeichneten Verlag ist zu beziehen:

Metallarbeiter-Notizkalender 1909

Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch
 für alle Verbandsmitglieder

Reichhaltiger Inhalt • Gute Auswahl und übersichtliche Anordnung
 des Stoffes • Eleganter Druck • Gediegener Ganzleinenband mit
 Casche und Stiftohr.

Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die
 Verwaltungenstellen 60 Pf.

Durch den Buchhandel bezogen 95 Pfennig pro Stück, inkl. Porto.
 Versand bis 10 Exempl. erfolgt nur gegen Voreinsendung des Betrags.

Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag
 Stuttgart, Rötterstraße 16 B.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag,
 Stuttgart, Rötterstraße 16 B.